

(Vizepräsident des ZV), Herrn Norbert Cathomas (Präsident des Personalverbandes des Kt. Uri), Herrn Walter Schönbächler (Präsident des Vereins Schwyzer Berufsschullehrkräfte), Herrn Eugen Schuler (Ehrenmitglied des Personalverbandes) sowie die Presseleute, nämlich Herrn Bert Schnüriger (Schwyzer Zeitung) und Herrn Stefan Spirig (Bote der Urschweiz). Entschuldigt haben sich die beiden Ehrenmitglieder Herr Hans Kessler und Herr Edgar Schuler. Der Gemeinderat von Arth hat auf die Entsendung einer Delegation verzichtet.

Es haben sich von den 1694 eingeladenen Mitgliedern deren 133 angemeldet; das sind 7,9% und somit 2,1% mehr als im letzten Jahr. Schliesslich dankt der Präsident der Regierung für den Beitrag, den sie in Form von Fr. 15.- pro Teilnehmer/in an die Kosten dieser GV gewährt hat.

2. Wahl der Stimmzähler

Der Präsident schlägt sieben Stimmzähler vor. Es handelt sich um Stefan Betschart, Markus Elsener, Werner Gwerder, Thomas Kläui, Erich Meier, Roland Sattler und Brigitte Zimmermann. Nachdem keine Gegenvorschläge erfolgen, werden die Vorgeschlagenen stillschweigend gewählt.

3. Protokoll der 88. Generalversammlung vom 14.Juni 2006 in Einsiedeln

Der Präsident teilt mit, dass das von Eduard Baumgartner verfasste Protokoll der letztjährigen GV vom 14. Juni 2006 vom Vorstand geprüft und in Ordnung befunden wurde. Da niemand das Verlesen des Protokolls verlangt oder eine Diskussion wünscht, wird das Protokoll per Akklamation genehmigt.

4. Jahresbericht des Präsidenten

Der **Vorstand** traf sich zu sieben Sitzungen, nämlich am 28. August 2006, 13. und 19. September 2006 und 24. November 2006 sowie am 4. Februar 2007, 11. April 2007 und 9. Mai 2007. Zudem fanden am 23. Oktober 2006 und 18. April 2007 **Gespräche mit Herrn Regierungsrat Georg Hess** statt. Am 8. Februar 2007 führte eine Delegation des Vorstands ein Gespräch mit Herrn Regierungsrat Georg Hess und dem Personalchef Herrn Marco Zürcher.

Am 22. September 2006 fand der von Markus Isaak und Beat Stierli bestens organisierte **Pensioniertenausflug** statt, der nach Rapperswil führte und wiederum einen guten Anklang fand.

Der **Vorstand** beschäftigte sich im Verbandsjahr 2006/07 mit den folgenden Themen:

- Departementsreform
- Revision der Personal- und Besoldungsverordnung
- Neuer Finanzausgleich (NFA)
- Statistik der Beförderungen

- Angestellte im Stundenlohn
- Pensioniertenausflug
- Website des PV
- Rechtsschutzversicherung
- Neuregelung der Weiterbildungsunterstützung

Departementsreform

Am 19. Januar 2007 stellte der PV den Antrag an den Regierungsrat, in die Projekt-Organisation einbezogen zu werden, was aber abgelehnt wurde. Beim Gespräch vom 8. Februar 2007, das Jörg Uttinger und Beat Stierli als Vertreter des Vorstands mit Herrn Regierungsrat Georg Hess und Herrn Marco Zürcher führten, schlug Herr Regierungsrat Georg Hess vor, dass ein Forum zur Behandlung von Problemen betroffener Mitarbeiter/innen eingeführt wird, dem Marco Zürcher, die beiden Coaching-Beauftragten Ursula Lindauer und Werner Zwysig sowie als Vertreter des PV Beat Stierli und Jörg Uttinger angehören sollen.

Neuer Finanzausgleich (NFA)

Vom NFA sind einige Mitarbeiter der Abteilung Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen betroffen. Falls Fragen vorhanden sind, sollen sie an Markus Isaak gerichtet werden, der im Vorstand die Mitarbeitenden des Baudepartements vertritt.

Pensioniertenausflug

Die Durchführung dieses Ausflugs erfordert einen beträchtlichen organisatorischen Aufwand, den der Vorstand als ehrenamtlich tätiges Gremium in der Zukunft nicht mehr auf sich nehmen will. Bei den meisten Firmen wird dieser Anlass von der Personalabteilung oder einem Pensioniertenverein organisiert. Das Personalamt des Kantons lehnt jedoch eine Übernahme der Organisation ab. Der Vorstand wird den Pensioniertenausflug 2007 noch einmal durchführen, dabei aber den Pensionierten in der Einladung mitteilen, dass sie sich in der Zukunft selber um die Organisation kümmern müssen.

Rechtsschutzversicherung

Beat Stierli hat im Auftrag des Vorstandes die Möglichkeiten einer Rechtsschutzversicherung, die der ZV anbietet, abgeklärt. Es existieren zwei Versicherungsmodelle: eine kollektive Prozesskostenversicherung mit einer Jahresprämie von Fr. 7.60 pro Person und eine Kollektivrechtsschutzversicherung mit einer Jahresprämie von Fr. 15.40 pro Person. Voraussetzung ist allerdings, dass alle Verbandsmitglieder beitreten müssen. Somit könnte es Überschneidungen mit schon bestehenden privaten Rechtsschutzversicherungen geben. Nach eingehender Beratung hat der Vorstand entschieden, dieses Thema zur Zeit nicht weiter zu verfolgen.

Revision der Statuten des PV

Der Vorstand des PV sollte gemäss Statuten aus neun Mitgliedern bestehen. Seit Jahren umfasst der Vorstand jedoch bloss sieben Mitglieder, nämlich je einen Vertreter pro Departement. Falls sich in nächster Zeit keine Interessenten für die beiden vakanten Vorstandssitze melden, soll der nächsten GV eine Statutenrevision beantragt werden. Beabsichtigt wird, die Anzahl der Vorstandsmitglieder nicht mehr starr festzulegen.

Website des PV

Markus Isaak hat sich im Auftrag des Vorstandes der Aufgabe angenommen, Abklärungen für die Errichtung einer Website vorzunehmen. Markus Isaak erläutert der GV, dass er mehrere Offerten eingezogen hat und der Vorstand schliesslich den Auftrag an Philipp Fässler, den Sohn von Charles Fässler, vergeben hat. Markus Isaak präsentiert die in der Zwischenzeit schon getätigten Arbeiten an der Website, die den Aufbau und die Inhalte aufzeigen. Die Internet-Adresse des PV lautet: www.pvsz.ch. Die Aufschaltung der Website wird im nächsten Herbst oder Winter erfolgen.

Statistik der Beförderungen

Der Vorstand hat vom Personalamt Auskunft über die Beförderungspraxis verlangt und auch erhalten. Er wurde über die Anzahl Beförderungen pro Departement und Lohnklasse orientiert.

Angestellte im Stundenlohn

Bisher erhielten diejenigen Mitarbeitenden, die im Stundenlohn angestellt sind, je nach Konstellation der Feiertage einen unterschiedlichen Lohnansatz pro Stunde. Neu wird der Lohn generell auf der Basis von jährlich 244,5 Arbeitstagen à 8,4 Stunden berechnet.

Neuregelung der Weiterbildungsunterstützung

Mit dem RRB Nr. 411/2007 vom 27. März 2007 werden die Bildungsmassnahmen für das kantonale Personal neu geregelt. Die Bestimmungen des RRB werden in die Revision der Vollzugsverordnung zur PBV Eingang finden.

Revision der Personal- und Besoldungsverordnung (PBV)

Diesem Thema hat sich der Vorstand eingehend gewidmet. Hier muss der Bogen allerdings weiter gespannt werden, nämlich zum Verhältnis des PV zur kantonalen Politik, konkret zum Kantonsrat. Es geht dabei nicht nur um das vergangene Verbandsjahr, sondern auch um die Zukunft. Deshalb soll am Schluss der GV unter dem Traktandum „Verschiedenes“ ausführlicher auf dieses Thema eingegangen werden.

Der Vizepräsident Alfons Müller beantragt der GV, den Jahresbericht des Präsidenten zu genehmigen, was per Akklamation erfolgt.

5. Jahresrechnung

Kassabericht

Der Kassier Josef Wehrli präsentiert und erläutert die Jahresrechnung 2006, welche den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 umfasst.

Die Erfolgsrechnung schliesst bei einem Aufwand von Fr. 28'988.70 und einem Ertrag von Fr. 32'706.95 mit einem Gewinn von Fr. 3'718.25 ab. Das Vermögen beläuft sich nunmehr auf Fr. 49'543.27.

Revisorenbericht

Die beiden Revisoren Alois Suter und Theo Weber haben die Jahresrechnung am 7. März 2007 geprüft. Sie stellen fest, dass die Buchhaltung mit den Belegen übereinstimmt und die Rechnung in allen Belangen korrekt geführt wurde.

Deshalb beantragen sie der GV, dem Vorstand und dem Kassier Entlastung zu erteilen, was einstimmig erfolgt.

Festsetzung des Jahresbeitrages

Der Vorstand beantragt, den Jahresbeitrag auf Fr. 18.- zu belassen, wovon Fr. 12.- auf den ZV-Beitrag entfallen. Die GV stimmt dem Antrag einstimmig zu.

6. Anträge

Dem Vorstand sind innert Frist keine schriftlichen Anträge eingereicht worden.

Am 27. März hat der Präsident ein Mail von Verbandsmitglied Remy Odermatt erhalten, in dem die Wiedereinführung der im Rahmen des Sparpakets abgeschafften Wegpauschale gefordert wird. Der Vorstand hat dieses Thema noch nicht behandelt.

Am 30. Mai ist beim Präsidenten ein Mail von Verbandsmitglied Ruedi Schuler eingegangen, der den Vorschlag macht, die Regierung solle angesichts der guten Wirtschaftslage und des hohen Überschusses bei der Staatsrechnung 2006 dem kantonalen Personal einen Bonus auszahlen, trägt doch das Personal durch seine gute Mitarbeit entscheidend zu einem positiven Abschluss der Staatsrechnung bei.

Allerdings geht aus dem Mail nicht hervor, ob das Begehren als Antrag zuhanden des Vorstands aufzufassen ist.

7. Verschiedenes

Nachdem sich aus den Reihen der GV-Teilnehmenden niemand mit einem Votum zu diesem Traktandum meldet, trägt der Präsident nun wie schon beim Traktandum 4 (Jahresbericht des Präsidenten) angekündigt, seine Beobachtungen und Schlussfolgerungen zu diversen Debatten im Kantonsrat vor, die das kantonale Personal betreffen. Unmittelbarer Anlass für seine Ausführungen ist der Verlauf der Debatte über die Revision der PBV.

„Der Vorstand hat sich mit Brief vom 29. September 2006 zur Vorlage der Regierung vorsichtig positiv geäußert.

*Ich habe mir erlaubt, der Kantonsratssitzung vom 25. April 2007 (Revision PBV) beizuwohnen. Ich kann das, wenn personalrelevante Themen anstehen, nur zur Nachahmung empfehlen. Grundsätzlich stand der Kantonsrat der Revision der PBV positiv gegenüber, einige Nuancen sind aber aufschlussreich. Die Ratslinke bemühte sich ganz offensichtlich um das Wohlergehen der Kantonsangestellten; sie schlug eine allgemeine **Lohnerhöhung um 1.5 Prozent** vor. Der Antrag war chancenlos. Die CVP unterstützte den Vorschlag der Regierung. Die SVP hatte offenbar in der vorbereitenden Kommission einen interessanten Minderheitsantrag zum Dienstalergeschenk eingebracht:*

„Wir sind der Auffassung, dass man diesen Rhythmus (10, 15, 20 Jahre) zwar beibehalten kann, aber der Prozentsatz soll immer bei drei Prozent bleiben“.

Die FDP-Fraktion unterstützte den Minderheitsantrag, wollte ihn aber mit einer Übergangsbestimmung ergänzen in dem Sinne, dass er für die bereits angestellten Mitarbeiter nicht gelte, nur für Zukünftige (damit würde dieser Artikel frühestens am

01. 01. 2023 Wirkung entfalten, worauf Landesstatthalter Dr. Georg Hess umgehend hinwies).

In der Abstimmung – letztere übrigens mit Namensaufruf – obsiegte die Regierungsfassung gegenüber dem Minderheitsantrag mit 64 zu 24 Stimmen. Das Protokoll zur Sitzung samt Liste zum Namensaufruf ist auf dem Internet abrufbar (www.sz.ch, – Parlament – Sitzungsprotokolle).

An der gleichen Kantonsratssitzung ging es in ähnlichem Stil weiter, nämlich beim Thema „**Initiativbegehren für weniger Bürokratie**“, lanciert durch die FDP. Es steht mir nicht zu, irgendwelche Noten zu verteilen, aber: hier war sogar die SVP dagegen. Einige Zitate aus der FDP-Ecke möchte ich Euch nicht vorenthalten. Da ich sie zu-gegebenermassen aus dem Zusammenhang reisse, nenne ich die Namen im speziellen nicht:

„Oft macht es den Anschein, als ob das Volk für die Verwaltung da sei, anstatt die Verwaltung für das Volk“. Und: „Das Übel muss an der Wurzel angepackt werden, und die Wurzel ist unser Grundgesetz, die Kantonsverfassung.“

Was ist das Übel? Der Staat? Die Verwaltung? Wir?

Und weiter: **„Mit der Initiative unserer Partei haben wir für einmal die Möglichkeit, ein Signal zu setzen gegen die administrative Belastung unserer KMUs und den Bürokratie- Express zu stoppen.“**

Zu Eurer Beruhigung: Der Rat beschloss mit 62 zu 25 Stimmen, die Initiative dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen. Auch dieses Protokoll – samt Liste zum Namensaufruf – ist auf dem Internet abrufbar.

Die Sitzung hat mich neugierig gemacht, und ich habe mir die Zeit genommen, die Protokolle vergangener Sitzungen einzusehen – keine Angst, ich werde nicht die nächsten 30 Minuten Kantonsratssitzungen rezitieren!

Eine ist aus unserer Sicht doch noch erwähnenswert, nämlich diejenige vom 28. März 2007 über die Departementsreform. Es ging um die Übergangsbestimmung, die die Besitzstandswahrung der heutigen Angestellten gewährleisten sollte. Ich zitiere einen Kantonsrat der FDP: **„Falsch ist die Besitzstandswahrung, weil Einsparungen damit verunmöglicht werden“.**

Es kommt noch besser: **„Unnötig scheint mir die Besitzstandswahrung, weil die Motivation der Verwaltungsangestellten zu Reformen auf diese Weise nicht gekauft werden kann. Vielmehr werden diese Leute doch dabei gebremst, durch eigene Leistungen wieder auf diesen Besitzstand zu kommen“.**

Und zuletzt: **„Und jetzt will der Regierungsrat mit derartigen Garantien die „geschützte Werkstatt“ auf Kosten der Steuerzahler wieder einführen.“**

Der Antrag dieses Kantonsrats wurde mit 60 zu 27 Stimmen angenommen. Es sind dies die gleichen Politiker, die uns die 5% Gutschrift an der ausserordentlichen Sitzung vom 19. Mai 2004 in der Debatte über die Pensionskassenverordnung bach-ab schickten, als der Umwandlungssatz auf 6,8% gesenkt wurde.

Was soll man da machen? Ich glaube, wir kommen nicht darum herum, einmal Klartext zu reden: Es gibt eine Partei, die unsere Interessen konsequent vertritt.

Es gibt eine Partei, bezüglich der eine Kantonsratssitzung mit personalrelevanten Themen immer eine Zitterpartie ist. Immerhin steht ein Teil ihrer Parlamentarier unseren Interessen jeweils wohlwollend gegenüber.

Und bei zwei Parteien findet sich eine Mehrheit von Parlamentariern, die gerne die Gelegenheit benützen, sich auf unsere Kosten zu profilieren.

Warum? Ich habe den Tagi vom 30. Dezember 2006 studiert. In dieser Nummer sind die Kantone aufgeführt – mit Volkseinkommen, Staatsquote, Gesamtsteuerbelastung, Staatsangestellte pro 1000 Einwohner und Schulden pro Kopf.

Zug, Nidwalden und Basel Stadt habe eine niedrigere Staatsquote als der Kanton Schwyz, alle anderen Kantone kommen nach uns. Staatsangestellte pro 1000 Einwohner hat der Kanton Schwyz 8,5, Basel Stadt 78,7. Der Schnitt liegt so bei etwa 20 Staatsangestellten pro 1000 Einwohner. Diesbezüglich stehen wir absolut an der gesamtschweizerischen Spitze. Bezüglich Schulden liegen wir mit 3013 Fr. pro Kopf sehr gut im Rennen, weniger Schulden haben nur noch die beiden Appenzell.

Schwyz steht bezüglich Schlankheit und Effizienz der Verwaltung an der Spitze.

Deshalb zurück zur Frage: Warum führt sich die Ratsrechte uns gegenüber seit längerer Zeit und systematisch so auf? 2008 stehen Wahlen an, das kann ein Grund sein. Beim Studium der Wortwahl einiger Kantonsräte ist mir die Studienzeit am Geologischen Institut 1970 in den Sinn gekommen: „**Macht aus dem Staat Gurkensalat**“ stand da als Slogan im Zimmer eines Kommilitonen. Nun, die Schweiz als Staat und Schwyz als Kanton gibt es nach wie vor. Wollte damals die (äussere!) Linke mit Krawallen die Abschaffung des Staates einleiten, so arbeitet nun die Rechte beharrlich daran, die Rolle des Staates zu vermindern, z.B. beim Service Public, wenn sich Gewinne privatisieren und Kosten sozialisieren lassen.

Was sollen wir machen? Können wir etwas bewegen? Wir können, es ist allerdings mit Arbeit verbunden. 2008 sind Wahlen. 1384 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wohnen im Kanton. Das sind einige Stimmen. Lest die Protokolle zu den Kantonsrats-sitzungen der letzten Jahre und macht Euch ein Bild der Kantonsräte, respektive derjenigen, die es bleiben wollen.

Oder sitzt in eine Kantonsratssitzung, wenn ein Thema, das für uns relevant ist, zur Sprache kommt. Schreibt Leserbriefe. Oder schreibt, wenn ein Kantonsrat wieder mal ein Postulat oder eine Eingabe gegen das Staatspersonal macht, diesen direkt an: Fragt ihn, warum er das macht (und bleibt höflich dabei!). Der Vorstand hat das einmal per Brief gemacht, als ein Kantonsrat 100'000.- lohnrelevante Franken aus dem Budget streichen liess. Der besagte Kantonsrat fiel aus allen Wolken und hat sich weiss wie entschuldigt, er habe sonst nichts gegen das Staatspersonal, etc. Dieses direkt Angesprochen-Werden löst offenbar ein Unbehagen aus. Ich glaube zu wissen warum: Auf dem Staatspersonal konnte man bislang herumtrampeln, ohne dass sich dieses zur Wehr setzte. Die Aussicht, dass sich das ändern könnte, ist im Hinblick auf die Wahlen unangenehm.

Nun möchte ich Traktandum 7 abschliessen. Herr Norbert Cathomas wird uns die Grussworte des PV Uri überbringen und Herr Ruedi Brosi diejenigen des ZV. Dann kommen wir zum Referat von Landesstatthalter Dr. Georg Hess mit den beiden Themen, die uns alle interessieren: Revision PBV und Departementsreform.“

Grusswort von Herrn Norbert Cathomas, Präsident des Verbandes des Urner-Staats- und Gemeindepersonals

Norbert Cathomas dankt für die Einladung an die GV und richtet die besten Wünsche von Seiten des Urner Personalverbandes aus. Er erinnert daran, dass die Regierungen der Zentralschweizer Kantone in vielen Belangen zusammenarbeiten. Die Personalverbände haben untereinander ebenfalls die Zusammenarbeit gesucht, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Interessen zu vertreten.

Die Personalverbände wollen kompetente Ansprechpartner für die Regierungen sein und ernst genommen werden.

Grusswort von Herrn Ruedi Brosi, Vizepräsident des Verbandes des Staats- und Gemeindepersonals Schweiz (ZV)

Ruedi Brosi, der den ZV-Präsidenten Urs Stauffer vertritt, dankt für die Einladung an die GV und richtet die besten Wünsche von Seiten des ZV aus. Er ist erfreut über die markanten Worte des Präsidenten. Der ZV mischt sich nicht in die Politik der kantonalen Verbände ein, unterstützt sie aber bei Bedarf mit verschiedenen Dienstleistungen. Er erwähnt zudem verschiedene Dienstleistungen, die den Mitgliedern der dem ZV angeschlossenen Verbände offenstehen, z.B. Vergünstigungen bei Krankenkassen, Rechtsschutzversicherungen oder Hypothekendarlehen.

Es ist wichtig, dass die Personalverbände starke Partner der Regierungen sind; dann besteht die Chance für einen guten Modus der Zusammenarbeit. Ruedi Brosi führt als Beispiel seinen Heimatkanton Solothurn an, wo der Personalverband einen Gesamtarbeitsvertrag mit der Regierung aushandeln konnte.

Grusswort und Referat von Herrn Regierungsrat Dr. Georg Hess

RR Georg Hess, der in seiner Funktion als Vorsteher des Finanzdepartements bereits zum fünften Mal an der GV anwesend ist, bedankt sich für die Einladung und erklärt erfreut, dass der Deckungsgrad der **Pensionskasse** nun 106,4% erreicht hat. und der Sparzins 2007 erneut 3,5% beträgt, was 1% über dem BVG-Minimalzins ist.

Der Kantonsrat hat die **Revision der PBV** am 25. April 2007 verabschiedet. Da kein Referendum ergriffen wird, tritt die neue PBV am 1. Januar 2008 in Kraft.

RR Hess erläutert die wichtigsten Aspekte der PBV:

- **Kompetenzdelegation**
Die Kompetenz zur Anstellung von neuen Mitarbeitenden wird vom Regierungsrat an die einzelnen Ämter hinunter delegiert.
- **Kaderlohnsystem**
Die Möglichkeit, Kaderleuten höhere Löhne als bisher zu bezahlen, soll dem Kanton Schwyz die Rekrutierung guter Kaderleute erleichtern. Die Einführung des Kaderlohnsystems ist nicht kostenneutral, geht also nicht auf Kosten der unteren Lohnklassen. Auf diesen Aspekt hat der Personalverband grossen Wert gelegt.
Nebenbei erwähnt RR Georg Hess, bei der Qualifikation ab 1. Januar 2008 das Prädikat wegfällt und der Automatismus bei den E-Stufen beibehalten wird.
- **Personalcontrolling**
Mit diesem Instrument soll das Personalamt einen besseren Überblick über Anstellungsverhältnisse und Beförderungspraxis erhalten.

Anschliessend geht RR Georg Hess auf das leidige Thema **Nichtbetriebsunfallversicherung (NBU)** ein. Nach dem Beschluss des Kantonsrates, dass die Mitarbeitenden des Kantons die NBU ganz oder teilweise übernehmen müssen, beabsichtigt die Regierung zur Kompensation eine generelle Lohnerhöhung von 0,8%. SUVA-Versicherte, die je nach Tätigkeit eine noch höhere Prämie bezahlen müssen, sollen auch in Zukunft einen Beitrag des Arbeitgebers erhalten.

Die Kantonsratsdebatte um die Höhe der **Dienstaltersgeschenke** bezeichnet RR Hess rundweg als penible Angelegenheit.

Der zweite Schwerpunkt der Ausführungen von RR Georg Hess ist die **Departementsreform**. Er orientiert die GV über die folgenden Aspekte:

- Stand der Arbeiten Mitte 2007
 - Teilprojekte der Departemente
 - Teilprojekt Infrastruktur: Verwaltungseinheiten, die von ihrer Aufgabe her zusammengehören, sollen räumlich zusammengeführt werden.
- Besitzstandswahrung
RR Hess räumt ein, dass er durch den ablehnenden Kantonsratsbeschluss überrascht wurde, war doch vorher kaum Widerstand bemerkbar.
Die Umsetzung der Departmentsreform erfolgt 2008. Der Regierungsrat ist um individuelle Lösungen bemüht. Bis zum 1. Juli 2008 soll für alle Mitarbeitenden eine faire Lösung gefunden und ein neuer Arbeitsvertrag ausgefertigt werden.
- Das Budget 2009 wird basierend auf der Departmentsreform erstellt.

Schliesslich äussert sich RR Georg Hess noch zum Thema **Pensioniertenausflug**. Er schlägt vor, dass die Pensionierten die Organisation selber an die Hand nehmen; schliesslich verfügen sie über genügend Zeit dafür. Die Regierung ist weiterhin bereit, einen Beitrag an die Kosten des Ausflugs zu leisten.

Zum Schluss richtet RR Georg Hess den **Gruss der Regierung** an die Verbandsmitglieder aus. Dem Vorstand des Personalverbandes dankt er für die konstruktive Zusammenarbeit, deren Fortsetzung er sich weiterhin wünscht.

Der Präsident verdankt das wie gewohnt engagiert vorgetragene Grusswort und Referat des Vorstehers des Finanzdepartements und überreicht ihm ein Präsent.

Schluss der GV

Der Präsident schliesst die GV, dankt den Anwesenden für ihr Interesse und wünscht einen schönen Abend für den geselligen Teil, der traditionell in Form eines Aperos und anschliessenden Nachtessens stattfindet.

Schwyz, 7. Juni 2007

Der Protokollführer

Eduard Baumgartner